

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilungsgeld mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage nachmittags 4 Uhr für den folgenden Tag. Tagespreis bei Bestellungen monatlich 20, bei anderen Ausdrücken pro Tag 10 Pf. auf dem Lande 20, durch die Post bezogen vierwöchentlich 20, mit Zustellungsgeld. Alle Postanfragen und Postkarten sowie andere Nachrichten nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgang des Bezugspreises.



Interessentenpreis 20, für die 6 getragene Resubskription oder deren Namen, Namen, die 2 halbjährige Resubskription 20, bei Wiederholung und Jahresantrag entsprechender Preisnachlass. Zeitungsabnehmer im ausländischen Teil (für den Postbezug) die 2 getragene Resubskription 20, Nachbestellungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Aufträge übernimmt der hiesige Garant. Jeder Anzeigenspruch enthält, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Klagegegner in Konkurs geht.

Ersteilung seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 170

Sonntag den 23. Juli 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Holzversteigerung auf Tharandter Staatsforstrevier

im Gasthof „Amthof“ in Tharandt Donnerstag den 27. Juli 1922 vorm. 9 Uhr: 397 m. Stämme b 86 cm, 5 h. Stämme 16/29 cm, 145 m. Schleiflöge 8/12 cm, 97 m. Röße 13/36 cm, 10 h. Röße 16/36 cm, 1595 m. Reisstangen 2/7 cm, einzeln in den Abt. 5, 6, 8, 9, 15, 18, 17, 19, 21, 22, 23, 24, 25, 27, 29, 33, 35, 37 u. 54.

Forstrevierverwaltung und Forstrentamt Tharandt.

Durch die uns heute übermittelten neuen Kohlenpreise durch das Elektrizitätswert Deuben muß vom 1. August bzw. 1. Juli 1922 ab ein erhöhter Preis für Licht- und Kraftstrom eintreten. Die Stromabnehmer werden darauf hingewiesen.

Wilsdruff, am 22. Juli 1922.

4175

Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr anzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der nach Paris zurückgekehrte Garantieauschuss ist der Ansicht, die Ausgaben Deutschlands könnten nicht wesentlich eingeschränkt werden, dagegen seien Maßnahmen zur wirklichen Steuererleichterung, zur Erleichterung der Zwangsanleihe, gegen Kapitalflucht und Börsenspekulation notwendig.

* Im Auswärtigen Ausschuss sprachen sich die Vertreter des Zentrum, der Demokraten, der beiden sozialistischen Parteien für, der Deutschnationalen Dr. Heiserlich gegen das Abkommen mit dem Garantieauschuss aus.

* Durch eine Rede des bekannten Kommunisten und früheren Ministers Sepp Deter kam es im Braunschweiger Landtag zu Zwischenfällen. Die Regierungsbildung wurde bis zum Herbst vertagt.

* In Italien haben die inneren Gegensätze nach dem Sturz des Rabinetti Facta nunmehr zur Proklamierung des Generalstreiks durch die Arbeiterparteien geführt.

* Infolge der fortschreitenden Ausdehnungen der Streiks in den Vereinigten Staaten drohen Ernährungsbedrohigkeiten, die zur Ersetzung eines Ernährungsdeklarations führen.

* Dem dritten Deutsch-amerikanischen Nationalkongress ist eine Reihe von Entschlüsse vorgelegt, die sich scharf gegen die Grundlagen der Friedensverträge von Versailles und St. Germain wenden.

Die italienische Krise.

Wenige Wochen nach der glanzvollen Durchführung der Konferenz von Genoa mußte der Sturz des Ministeriums Facta nicht nur der außeritalienischen Welt ziemlich überraschend kommen. Das Ausland hatte die inneritalienischen Parteigegensätze nicht so gewichtig eingeschätzt, um bei einem für das Königreich glimpflichen Fortgang der äußeren Politik den Bestand der Regierung für gefährdet zu halten. Und der Londoner Versuch des Außenministers Scharz, der sich viele Wochen lang hinzog, schien doch der italienischen Sache wenigstens soweit förderlich gewesen zu sein, daß der Minister sich schließlich mit den Ergebnissen seiner Verhandlungen in der Heimat wieder sehen lassen konnte. Statt dessen ist er in der Kammer mit seiner Berichterstattung recht kühl aufgenommen worden, und bald darauf wurde ihm namentlich dem ganzen Kabinett das offene Mißtrauen der Kammer ausgesprochen.

Die vorausgegangene Debatte ergab ein Bild parlamentarischer Unordnung, wie man es in einem so parlamentarisch gewohnten Lande kaum für möglich halten sollte. Man sah ein geradeszu tragisches Durcheinander der Parteien und erhielt fast den Eindruck, als sollte sich diese Volkswirtschaft zusammenhängender in einen Urstrom zusammenhängender Kräfte auflösen. Laufend Unzufriedenheiten strömten zu einem Meer von Unwillen gegen die Regierung zusammen, mit dem Erfolg, daß nun kaum jemand zu sagen wußte, wie man zu einer neuen Mehrheitsbildung und damit zu einem neuen Kabinett mit fester parlamentarischer Grundlage gelangen soll. Anscheinend waren es mehr Gründe der inneren als der äußeren Politik, die diesen unerwarteten Zusammenbruch herbeiführten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes haben sich nach kurzen Perioden der Besserung mehr und mehr verschlechtert, Handel und Industrie kämpfen mit den gleichen Schwierigkeiten, die überall sonst in der Welt dem Wiederaufbau entgegenstehen, der Absatz sinkt, und die Kaufkraft der Bevölkerung schwindet. Die Not im Volke wird immer drückender empfunden, und der Unwille darüber bedroht den inneren Frieden des Landes mehr und mehr. So kam es, daß die Faschisten- oder Nationalistenpartei, nachdem sie schon einmal einen Burgfrieden gelobt hatte, wieder lebendig wurde; es häuften sich die Fälle, wo sie sich berechtigt glaubte, der sozialistischen Agitation mit Waffengewalt entgegenzutreten, wo sie ganze Stadtverwaltungen in ihre Gewalt brachte, wo sie mit Feuer und Schwert für ihre Interessen eintrat, um den von links gehandhabten Klassenkampf, da die Regierung ihn gewähren ließ, auf ihre Art unwirksam zu machen. Und gerade in den letzten Wochen hatten sich nun die Fälle dieser bewaffneten Aktion wieder stark gemehrt, und so war die Kammerstimmung von einer Nervosität beherrscht, in der vernünftiger Überlegung unweigerlich verloren gingen; man fühlte nur die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Situation, und so mochte vielleicht wirklich nichts anderes übrig bleiben, als durch eine unmißverständliche Entscheidung eine Neuordnung der Dinge zu erzwingen.

Für den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung kommen auch in Italien immer wieder die gleichen Männer in Frage: der Borra an schöpferischen Politikern ist

legt auswärts nicht weniger als groß. Man nennt Orlando, man nennt Giolitti, man nennt Ritti. Es ist wohl berechtigt, anzunehmen, daß Ritti, der auf eine Zusammenarbeit der Sozialisten mit den katholischen Volutari hinwirft, im Augenblick die meisten Aussichten habe. Die Lage wird indessen dadurch außerordentlich erschwert, daß die Sozialisten mit ihren rund einhundert hundert Mandaten nicht wissen, ob sie mit einer bürgerlichen Partei in der Regierung zusammenarbeiten sollen oder nicht, und daß sie auch sonst noch untereinander die schärfsten Meinungsverschiedenheiten durchzusetzen haben. Auch sie tranken an den Gegensätzen, die wir im deutschen Sozialismus hinreichend kennengelernt haben, und so weiß man nicht, wie weit sie ernstlich bei einer Mehrheitsbildung in Betracht kommen können. Nicht viel klarer liegen die Verhältnisse bei der Rechten, die ihrerseits in lauter Gruppen und Gruppen zerfällt und von den dreißig Faschisten unter Führung Mussolinis so ziemlich beherrscht wird. Diese kleine Partei verfügt im Lande über eine militärisch organisierte und außerordentlich stramm disziplinierte Anhängerschaft, deren eigentliches Programm in der Hauptsache gegen den internationalen Charakter der Linksparteien gerichtet ist; sie stellt die nationale Idee in den Mittelpunkt ihrer Volkstheorie, womit sie nachgerade schon ziemlich eine Million Mitglieder in allen Ständen des Volkes gewonnen hat. Wenn jetzt aus der Erregung des Augenblicks der Zentralausschuss des italienischen Arbeiterverbandes einen Generalkongress für ganz Italien beschließen und die Arbeiterschaft von Mailand mit seiner Durchführung bereits begonnen hat, so wird diese Kampfwelt zweifellos von den Faschisten als eine Herausforderung empfunden und entsprechende Gegenwehr zur Folge haben.

So drängt eigentlich alles mehr zu einer diktatorischen als zu einer parlamentarischen Lösung der Krise. Im ersten Falle würde man den offenen Ausbruch des Bürgerkrieges, im zweiten eine Verschleppung der Krise zu gewärtigen haben, die das Ael, an dem das Land erkrankt ist, nur vergrößern muß. Italien erntet in diesem Zustand der Dinge nur einen Teil der Saat ein, die es mit seiner Beteiligung am Weltkriege ausgesät hat. Daß es so kommen werde, ist ihm, als es noch Zeit war, von deutschen Freunden eindringlich genug vorhergesagt worden.

Die Moratoriumfrage.

Note der Reparationskommission über Deutschland
Der nach Berlin entsandte und mittlerweile nach Paris zurückgekehrte Garantieauschuss hat der Reparationskommission Bericht erstattet. Nach einer veröffentlichten Note hat der Garantieauschuss das Ergebnis seiner Berliner Verhandlungen in einer Reihe von Dokumenten niedergelegt, die der Garantieauschuss der deutschen Regierung übergeben hat. Der Finanzminister hat im Namen der deutschen Regierung erklärt, daß er mit den in diesen Dokumenten enthaltenen Bestimmungen einverstanden sei.

Der Garantieauschuss ist zu dem Resultat gekommen, daß eine wesentliche Einschränkung der im Reichsbudget vorgesehenen Ausgaben nicht möglich ist. Die Kommission glaubt besonders, die Streichung der für Besserung der Volksgesundheit vorgesehenen Summen nicht fordern zu dürfen. Sie erkennt weiter die Notwendigkeit an, daß das deutsche Eisenbahnnetz den neuen Grenzfahrungen angepaßt werden müsse.

Neue Steuern sind kaum notwendig, falls die bestehenden Steuern gewissenhaft eingezogen werden. Die Zwangsanleihe soll möglichst rasch und ebenfalls vor Ende des Jahres durchgeführt werden.

Besondere Maßregeln sollen gegen die andauernde Kapitalflucht und die Ausartungen der Börsenspekulation mit fremden Werten ergriffen werden.

England fordert dringliche Maßnahmen.

In einem Bericht äußert sich das Londoner Bureau Reuters: Trotz der Belagerung der inneren Krise dauert der Niedergang der Welt in alarmierender Weise an. Es ist daher dringend notwendig, daß unverzüglich Maßnahmen getroffen werden, um die Lage der Weltwirtschaft zu verbessern, die im Augenblick wichtiger ist als irgendeine andere Frage. Man begegnet allgemein der Auffassung, daß unverzüglich eine Aktion unternommen werden muß, andernfalls fürchte man, daß sich katastrophale Folgen ergeben würden.

Der englische Vertreter der Reparationskommission, Mr. Bradbury, schlägt folgende Form des Moratoriums für Deutschland vor: Die Zahlungen für 1924 werden zunächst überhaupt ausgesetzt und gestundet. Die Zahlungen für 1922 und 1923 werden auf die Zeit bis zum Jahre 1924 verteuert, sodas sich Monatsleistungen in Höhe von etwa 20 bis 30 Millionen Goldmark ergeben.

Wie der „Wall Mail Gazette“ mitteilt, glaubt man, daß auch Lord George eher zugunsten einer Anleihe neige, die notwendigerweise mit einer Reduzierung der deutschen Schuld Hand in Hand gehen müsse, als daß er ein Moratorium befürworte, dem er lediglich die Wirkung zuschreibt, daß es die Schwierigkeiten hinausschiebt, die im Interesse der industriellen und finanziellen Lage der Welt so schnell als möglich beseitigt werden müssen. Man hegt außerdem die Überzeugung, daß bei der nächsten Zusammenkunft der Verbündeten bedeutsame Vorschläge für eine Abschreibung der deutschen Schuld erzielt werden.

Quartiergeneral Poincaré.

Poincaré hat dem Vorsitzenden der Reparationskommission schriftlich mitgeteilt, daß die Gewährung eines neuen Moratoriums für Deutschland nach Auffassung der französischen Regierung von der vorherigen Erfüllung einer Reihe von Bedingungen abhängig gemacht werden müsse. Eine dieser Bedingungen soll die Bildung eines Verbandes für eine internationale Anleihe durch Hypothekensicherung der staatlichen Wälder und Gärten sowie sonstigen Staatsvermögen sein. Von gut unterrichteter englischer Seite wird dagegen erklärt, Lord George werde Poincaré die völlige Streichung der französischen Schuld anbieten und als Gegenleistung die Zustimmung Frankreichs zu einer starken Herabsetzung der deutschen Schuld und zu einer Verminderung der Besatzungstruppen im Rheinland auf ein Viertel des gegenwärtigen Standes fordern.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Marktverhandlungen mit Belgien wieder gescheitert.

Die Verhandlungen über das deutsch-belgische Markt- abkommen waren vor einiger Zeit wieder aufgenommen worden und soweit gebieen, daß der Abschluß des Abkommens unmittelbar bevorstand. Die belgische Regierung verlangte aber, daß das in Belgien vorhandene, noch nicht liquidierte Barvermögen deutscher Reichsangehöriger — dazu gehören Bankguthaben und Sparkassensbücher — nicht unter die Freigabe fallen solle. Die Annahme des ersten Antrages der belgischen Regierung würde bedeuten, daß die ganzen Ersparnisse der wirtschaftlich schwächeren Auslandsdeutschen verloren wären. Ein weiteres belgisches Verlangen hätte zur Folge gehabt, daß das unbewegliche Eigentum der Auslandsdeutschen in Belgien auf einen geringfügigen Wert zusammensänkt. Die deutsche Regierung konnte diese Bedingungen nicht annehmen. Die belgische Regierung brach wegen Nichtannahme der beiden Punkte die Verhandlungen ab.

Die Krise in der deutschnationalen Partei.

Nachdem der Abg. Henning aus der Partei ausgeschieden und der Abg. Düringer ausgetreten sind, treten die beiden dem deutschvölkischen Flügel der Partei angehörigen Reichstagsabgeordneten Dr. v. Graefe und Reinhold Wulle mit einer Erklärung hervor, die damit abschließt, daß für sie „unter Vorbehalt etwaiger weiterer Beschlüsse eine Beteiligung an den Arbeiten der Reichstagsfraktion zunächst nicht mehr möglich“ sei. Die Erklärung bezeichnet den Ausschluß des deutschvölkischen Abg. Henning als einen „Justizmord“. Die könnten sie um so weniger widerspruchlos hinnehmen, als ein solches Hinnehmen die Gefahr nach sich ziehen müßte, daß diese Methode sich gegen die gesamten Führer der völkischen Richtung in der Fraktion und damit gegen die völkische Bewegung selbst ausdehnen könnte.

Ablieferung von Ober Schiffen.

Auf Grund des Versailleser Vertrages ist durch den amerikanischen Schiedsrichter auch ein Schiedsspruch bezüglich der Schiffsabtretung auf der Oder gefällt worden. Obwohl die deutsche Regierung in zahlreichen Denkschriften und Verhandlungen den Standpunkt vertreten hat, daß eine Schiffsabtretung auf der Oder nicht in Betracht kommen könne, insbesondere weil im Gegensatz zu den anderen internationalisierten Strömen Rhein, Elbe und Donau die schiffbare Oder ausschließlich auf deutschem Gebiet verläuft, sind nach dem Schiedsspruch dennoch abzu-